

Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Tagblatt, Nieser.

Amtsblatt

Nummer 53.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Nieser.

Nr. 53.

Montag, 4. März 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Nieser und Straß, der Postanstalt, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelnummern für die Räume des Ausgabebüros bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Ronger & Winterlich in Nieser. — Geschäftsstelle: Rakanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herrn. Schmidt in Nieser.

Im Saale des Hotels zum „Kronprinz“ hier sollen
Donnerstag, den 7. März 1895,
von Vorm. 10 Uhr an,

1 Patentisch, 2 Regale, 1 Decimalwaage mit Gewichten, 8150 Stk. Cigarren, 130 Päckchen

Cigarretten, 1 Anzahl Tabakspfeifen und Cigarrenspitzen, Rauch- und Schnupftabak, Streichhölzer, leere Cigarrenkisten, Schnupftabakdosen u. A. m. gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Nieser, am 4. März 1895.

Der Ger.-Vollz. des Rgl. Amtsgerichts.

Eck. Widam.

Vom Reichstage.

Gestern wurde die zweite Beratung des Marine-etats beendet. Dem Antrage der Budgetkommission gemäß wurde die Rate zur Herstellung von Torpedobooten in Höhe von 2400000 Mark abgelehnt. Die Forderung für Erneuerung der Maschinen und Ressel der Schiffe der Sachsenklasse wurde nur für zwei Schiffe bewilligt, diejenige zur Vergrößerung der Kohlenlager von 650000 auf 400000 herabgesetzt und die Forderung zum Bau eines großen Trockendocks auf der Kieler Werft gestrichen. Sodann wurde der Antrag Müller-Julda (Ctr.), von der bereits bewilligten ersten Rate für den Bau von Kreuzerschiffen 1200000 Mark durch Anleihe zu decken, angenommen. Der Rest des Etats wurde debattelos erledigt.

Es folgte sodann die Beratung des Militäretats. Die Beratung über den Titel „Behalt der Minister“ wird verbunden mit der Beratung des Antrages Auer, die veränderten Regierungen mögen einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der jetzigen Heeresorganisation in eine Milizordnung angebahnt wird.

Abg. Liebknecht (Soz.) begründet den Antrag Auer und schildert das Milizsystem der Schweiz. Es solle den Sozialdemokraten gar nicht ein, das Land wehrlos machen zu wollen; sie hätten auch keinen Antrag auf Abrüstung gestellt. Die französischen Sozialisten würden in der Deputiertenkammer bei der Budgetberatung einen ähnlichen Antrag zur Erörterung bringen. Die Sozialdemokraten gäben sich zwar keinen Illusionen hin über das Schicksal ihres Antrages; die Fragen müßten aber einmal diskutiert werden. Der sogenannte militärische Geist verdränge keineswegs den Erfolg. Dabei habe aber das Milizsystem den Vorzug erheblicher geringerer Kosten. Das Milizsystem sei auch eine Garantie des Friedens; denn da sei alles so voll demokratischen Geistes, daß ein auswärtiger Krieg einfach unmöglich wäre. Deshalb habe er 1871 empfohlen, nicht Ullrich-Votbringen zu nehmen, sondern Frankreich zu einem Milizsystem zu zwingen, das es ihm unmöglich mache, seinen Eroberungsgehrn und seinem Chauvinismus zu folgen. Die Chauvinisten seien in Frankreich nur eine Minderheit; nur die Antirepublikaner, die Bonapartisten und Boulangisten seien Chauvinisten. Das jetzige Heeresystem lege nicht nur dem Lande, sondern auch dem einzelnen, den Eltern der Soldaten schwere Lasten auf. Neben dem offiziellen Militärbudget gebe es noch ein zweites, nicht offizielles, das von den Eltern und Angehörigen getragen werde, auch von den Köchinnen. (Heiterkeit). Das solle alles beim Milizsystem aus, dasselbe entreihe auch nicht den einzelnen seiner Karriere; jeder könne sich in seinem Berufe ungehindert entwickeln. Der Schweizer gehe nicht mit Angst, sondern freudig zur Ableistung seiner Dienstpflicht, denn er fühle sich gegen jedes Unrecht von oben geschützt. Bei uns gebe es ein militärisches und ein civiles Volk, und man wisse, daß das militärische höher geschätzt werde. Der demokratische Geist in der ganzen Milizeinrichtung sichere den einzelnen auch vor Uebergriffen seitens seiner Vorgesetzten, und das Beschwerderecht sei völlig gesichert, was man von dem bei uns wohl vorhandenen Beschwerderecht nicht sagen könne. Schläge kämen in der Schweiz gar nicht vor. An der Hand des in der Schweiz bestehenden Systems wäre es sehr leicht, für Deutschland eine Milizordnung auszuarbeiten. Aber die Sozialdemokraten gäben sich keinen Illusionen bezüglich des Schicksals dieses Antrages hin. Es werde ein anderer Weg empfohlen: Boguslawski schlage den Staatsreich vor und die Lösung der sozialen Frage mit dem Schwerte. Alles habe Angst vor den Sozialdemokraten (Lachen), aber man heule. Bei uns brauche man eben ein Heer, das dem Volke fernstehe, um es gegen das Volk zu gebrauchen zu können; deshalb ziehe man das Prätorianertum groß. (Ohl und Unruhe rechts). Er bitte um Annahme des Antrages. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baumhach (Reichsp.) fährt aus, die ganze Tendenz der Bestrebungen der Sozialdemokratie nach einem Volksheer habe nur den einen Kern, mit diesem sozialdemokratischen Volksheer die Macht über die Massen zu erhalten. Der Werth eines Volksheeres sei doch bekannt. Die Bürgerwehr von 1848 sei zuerst voll heiligen Feuers gewesen, aber bald erlosch dasselbe und die Leute kamen kaum zu den Waffen und schlichen sich heimlich davon. Ausgerichtet könnte nur etwas werden mit einer fest und disziplinarisch geschulten Armee. Das fürchtbarste, was wir erlebt, sei die entartete Volkswehr in Paris 1871 gewesen, die Kommune. Milizheere seien nur zur Defensiv zu gebrauchen. Der Charakter des Deutschen sei aber ein durchaus offensiver. (Ohl und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) 1866 und 1870 seien wir nur durch die Offensiv zu unserem Erfolge gekommen. Die Schweiz und Amerika seien ihrer ganzen Lage und Beschaffenheit nach im Stande, mit dem Milizsystem auszukommen.

Abg. Rieckert (freis. Brgg.) freut sich, nun endlich einmal Klarheit über die Projekte der Sozialdemokraten bezüglich einer Organisation des Militärs nach ihren Wünschen erlangt zu haben und hofft, daß der Kriegsminister die Gelegenheit nicht werde vorübergehen lassen, um über die Sache frei auszusprechen. Er glaube jedenfalls, daß die Arbeiter für dieses System danken werden. Die Berufung des Abgeordneten Liebknecht auf Scharnhorst für seine Ansicht über den Werth des Milizsystems sei gänzlich ungerechtfertigt, desgleichen auch die Berufung auf Jules Roche und dessen Angaben aus den Berichten der Budgetkommission über die Vergleichszahlen hinsichtlich der Armeestärke und der Aufwendungen der einzelnen Völker für ihre Militärmacht. Die Citation Jules Roches Klinge überhaupt höchst sonderbar im Munde des Abgeordneten Liebknecht, Roche sei doch in seinen Ansichten vollster Bourgeois. In Frankreich wolle man übrigens den Krieg mit Deutschland auf allen Seiten, von der Rechten bis zur Linken, vielleicht mit Ausschluß der Sozialisten, sobald man nur die Bereitschaft habe, es mit Deutschland allein zu thun zu haben. Die Zahlenangaben des Abgeordneten Liebknecht über die Schweiz seien veraltet und nicht mehr zureichend. Außerdem ließen sich die Schweiz und Deutschland gar nicht vergleichen, denn die Schweiz habe in den Bergen einen natürlichen Schutz und bedürfe daher weit weniger militärischen Schutz, als das offene Deutschland. Ueber die Schweizerischen Truppen heiße es in der Schrift eines Majors im Schweizerischen Generalsstab: Unsere Armee ist nicht selbstständig, es fehlt ihr an Disziplin. Wenn das in einer solchen Schrift heiße, dann müsse etwas dahinter sein. In der Schweiz läge man auch über Militarismus, Militärscham und Sabelrasselei. Auch in der Schweiz, heiße es in einer anderen Schrift, werde der Soldat geschlagen. Die Kosten des Milizsystems würden sich ganz ungeheuer gestalten. Einer Milizordnung nach dem Herzen des Abgeordneten Liebknecht könnten wir unsere Kinder nicht anvertrauen; sie wären einfach im Ernstfalle Kanonenfutter. Wir halten unsere Armee für gut und wollen für unsere Söhne gern Opfer tragen, deshalb stimmen wir dem Antrage nicht zu. (Beifall.)

Abg. v. Podbielsky (kons.) meint, der Abgeordnete Liebknecht habe mit dem Wilde der sozialdemokratischen Zukunftssarnee gleichzeitig deren vollkommene Unmöglichkeit dargestellt. Nur Klarheit über die Sache, dann werden die Massen schon sehen, daß an der Sache gar nichts ist. Nebenher erörtert die Angelegenheit einer Mobilmachung der für Deutschland notwendigen Milizarmee von etwa acht Millionen Mann. Wo sollten die Uniformen herkommen? wo die Waffen? wo sollte alles lagern? wo sollten die Pferde herkommen? Das seien alles Utopien, die in nichts gerinnen, sobald man ihnen näher trete. Wenn der Abgeordnete Liebknecht davon spreche, daß selbst die Köchinnen zu Leistungen für das Militär herangezogen werden, so meine er, daß wohl auch die Miliz sich für das ewig Weibliche und Schöne begeistern werde. (Große Heiterkeit.) Allerdings fürchte er, daß dann die Verhältnisse nicht so dauerhaft sein werden

(stürmische Heiterkeit); die Miliz werde jedenfalls flatterhafter sein. (Heiterkeit.) Für die deutsche Jugend passe das Milizsystem nicht. Der Schweizerische Wehrmann, wie ihn der Abgeordnete Liebknecht anpreise, sei nirgends zu finden; er sei eben bloß ein Ideal. Warum kämen Schweizerische Offiziere zu uns? Doch nicht, um zu sehen, wie es nicht sein soll, sondern um zu sehen, wie es bei uns ist. Für eine Milizarmee wäre jeder Pfennig zu viel, während er bei einem disziplinierten Heere wie dem unseren sehr gut angewendet sei. Sie wollen uns ein stumpfes Messer geben; wir aber wollen ein scharfes Schwert haben, um jeder Zeit für Deutschlands Ehre und zu Deutschlands Schutz wirksam eintreten zu können. (Beifall rechts.) — Hierauf vertagte das Haus die Beratung auf Montag 1 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Tagesgeschichte.

Groß und mannigfaltig ist die Noth der Zeit; der Fülle von Elend und der Verschlimmerung der Erwerbsverhältnisse, welche vielfach auftritt, stellt sich andererseits als hoch erfreuliches Lichtbild aber doch auch wieder eine umfangreiche Liebeshätigkeit und ein zielbewusstes Eingehen auf die berechtigten sozialen Forderungen der Gegenwart entgegen. Die zu konstatierende Unterstützung der zahlreichen gemeinnützigen Bestrebungen unserer Tage beweist das mit vollster Deutlichkeit. Aus der letzten Zeit ist in dieser Beziehung namentlich der Eifer zu nennen, mit dem man bemüht ist, die Volksgesundheit überall zu fördern, die Freude an der Natur und am Wald zu erhöhen und Volkshilfsstätten für Lungentranke und andere Gebrechliche einzurichten. Einer derartigen sozialen Thätigkeit muß man von Herzen Glück wünschen; immerhin trägt gegenwärtig aber auch schon die Gesetzgebung zur Erleichterung des Looses der ärmeren Klassen in einem achtenswerthen Umfange bei. Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht des Reichsoberversicherungsamtes wurden im vorigen Jahre 8079800 Mark von der Unfallversicherung an Verletzte und an die Verwandten Getödteter und Verlehter gezahlt. In derselben Zeit sind an 295200 Personen 34400000 Mark Alters- und Invalidenrenten zur Auszahlung gelangt. Eine segensreiche Thätigkeit haben diese Versicherungsanstalten seit einiger Zeit auch noch auf einem anderen Gebiete sozialen Nothstandes entfaltet. Sie gaben bisher für den Bau von Arbeiterwohnungen 5741000 Mark als Darlehen, und sie haben gegenwärtig wieder mehr als eine Million für den gleichen Zweck bereit gestellt. Die Wohnungsfrage für die arbeitenden Klassen in verständlicher und gründlicher Weise zu lösen, ist entschieden eine der drängendsten Aufgaben der Gegenwart. Die gegenwärtigen Zustände auf diesem Gebiete sind geradezu eine öffentliche Gefahr. — Auch in Oesterreich erinnert man sich jetzt in hohen Kreisen der schlimmen Zustände, die dort auf dem Gebiete der Wohnungsfrage, und vielleicht in einem noch ausgedehnterem Maße als in Deutschland, herrschen. Kaiser Franz Josef hat Anordnungen getroffen, nach denen das Jubelfest seiner fünfzigjährigen Regierung namentlich durch die Errichtung von Wohlfahrtsanstalten gefeiert werden soll. Besonders in dem sich durch schlechte und theuere Arbeiterwohnungen traurig auszeichnenden Wien sollen billige und gesunde Wohnungen für die ärmere Klasse gebaut werden. Auch ist angeordnet, daß alle einschlägigen Fragen zur Erörterung gelangen und Verwaltungsmaßregeln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zu ergreifen sind. Man hofft, daß nach dem Beispiel des Kaisers die gemeinnützigen Bestrebungen auf diesem Gebiete auch in anderen österreichischen Gesellschaftskreisen eine ausgiebige Unterstützung finden und somit in Oesterreich die Lösung der Wohnungsfrage mit etwas größerem Nachdruck als bisher in Angriff genommen wird. — In Belgien will man die allgemeine soziale Thätigkeit durch ein demnächst zu errichtendes „Arbeitsamt“ unterstützen, welches alle sich auf das Arbeitswesen beziehenden Nachrichten sammeln und verwerten soll. Das